

Man kann nicht alles wissen ...

Businessseurope: seit 1949 unter verschiedenen Namen tätiger europäischer Arbeitgeber- und Lobbyismusverband mit Sitz in Brüssel und 39 Mitgliedern aus 34 Staaten. 60 Arbeitsgruppen mit rund 1200 Fachleuten analysieren laufend EU-Programme und Gesetzesentwürfe. So etwa zählte Businessseurope zu den aktivsten TTIP-Unterstützern. (Seite 37)

Crouch, Colin: britischer Politikwissenschaftler und Soziologe, geb. 1944; er wurde international bekannt mit seinem Werk „Postdemokratie“, in dem er unter anderem Wahlen eher als von Wirtschaftsbossen mit PR-Unterstützung veranstaltete Shows denn als echte Willenskundgebung der Bevölkerungsmehrheit bezeichnete. Aktuelle Werke: Der Kampf um die Globalisierung; Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. Postdemokratie II, Die bezifferte Welt: Wie die Logik der Finanzmärkte das Wissen bedroht. (Postdemokratie III); Jenseits des Neoliberalismus. Ein Plädoyer für soziale Gerechtigkeit. (Seite 33)

Delors, Jacques: französischer SP-Politiker, geb. 1925; 1981–1984 Wirtschafts- und Finanzminister, 1985 bis 1995 Präsident der Europäischen Kommission. (Seite 4)

Dritter Weg: Bezeichnung für den Versuch einer Art modernisierter Sozialdemokratie, die zwischen neoliberalen Kapitalismus und klassischer Sozialdemokratie angelegt ist. (Seite 30)

Europäische Arbeits(schutz)behörde: Mit dem Verordnungsvorschlag zur Errichtung einer eigenen Europäischen Arbeitsbehörde (Labour Authority – ELA) will die EU-Kommission die Europäische Säule sozialer Rechte stärken. Die für 2019 geplante ELA soll dazu beitragen, bestehende arbeitsrechtliche Gesetze durchzusetzen sowie vor allem Lohn- und Sozialdumping effizient zu bekämpfen. (Seite 37)

Europäische Körperschaftsteuer: Mit einer Gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB) soll eine EU-weit einheitliche Berechnung der Steuerbasis von Unternehmen erreicht werden. Die GKKB, über die EU-weit seit Jahren heftig diskutiert wird, soll in zwei Stufen implementiert werden und verpflichtend für die größten Unternehmensgruppen in der EU sein. Damit soll Steuervermeidung multinationaler Konzerne bekämpft werden, und Unternehmen müssten sich nicht mehr mit unterschiedlichen nationalen Systemen auseinandersetzen. (Seite 23)

Europäische Säule sozialer Rechte: Im November 2017 wurde die Europäische Säule sozialer Rechte vom Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission proklamiert. Die Umsetzung der damit festgelegten Rechte und Grundsätze, mit deren Hilfe faire und gut funktionierende Arbeitsmärkte und Sozialsysteme unterstützt werden sollen, obliegt nun den EU-Organen, Mitgliedsländern, Sozialpartnern etc. Die Säule umfasst drei Hauptkategorien: Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang; faire Arbeitsbedingungen; Sozialschutz und soziale Inklusion. <https://ec.europa.eu/commissi->

[on/publications/european-pillar-social-rights-booklet_en](#) (Seite 4, 14)

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA): 1957 etablierte beratende Einrichtung (Nebenorgan) der EU, die sich als Sprachrohr der organisierten Zivilgesellschaft in Brüssel versteht. Der Ausschuss ist in drei Gruppen (Kurien) gegliedert: Arbeitgeber, ArbeitnehmerInnen, sonstige Interessensgruppen. Neben den klassischen Sozialpartnern sind damit auch andere gesellschaftliche Bereiche (z. B. Verbraucherschutz- und Umweltschutzorganisationen) im Ausschuss repräsentiert. Die 350 Mandatäre werden jeweils für fünf Jahre ernannt. www.eesc.europa.eu/de (Seite 13)

GeneraldirektorIn: Als Verwaltungseinheiten der Europäischen Kommission sind die EU-Generaldirektionen (GD, auch DG für Directorate General) im Prinzip mit nationalen Ministerien vergleichbar. Ihre Aufgabe ist es, Strategien, Rechtsvorschriften und Förderprogramme der EU zu entwickeln, umzusetzen und zu verwalten. Die einzelnen GDs sind jeweils EU-KommissarInnen zugeordnet, allerdings verfügen manche KommissarInnen über mehrere Generaldirektionen. An der Spitze steht als BehördenleiterIn jeweils ein/e GeneraldirektorIn. Im Rang den Generaldirektionen gleichgestellt sind auch einige Europäische Ämter (z. B. das Statistische Amt) und Dienste der Europäischen Kommission wie etwa der Übersetzungsdienst. (Seite 18)

Goldene (Investitions-)Regel: Auf die Ökonomie umgelegt, entspricht der alte Grundsatz der Ethik „Behandle andere so, wie du von Ihnen behandelt werden willst“ dem Prinzip, dass künftige Generationen nicht die Kosten für heutige Kredite tragen müssen. Konkreter formulierte Gordon Brown (1997–2007 britischer Schatzkanzler) diese Goldene Regel: Innerhalb eines Konjunkturzyklus (der sich über mehrere Jahre erstreckt) sollen Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein. Schulden dürfen ausschließlich für Investitionen in öffentliche Projekte und nicht für laufende Kosten wie etwa Gehälter für Angestellte im öffentlichen Dienst gemacht werden. Im Falle von heute üblichen Schuldenbremsen u. Ä. wird die Neuverschuldung allerdings pauschal durch fixe Prozentsätze reguliert. (Seite 15)

Konvergenz: Annäherung, Übereinstimmung. (Seite 18)

Kwaśniewski, Aleksander: polnischer Politiker, geb. 1954; 1990 Mitbegründer der sozialdemokratischen SdRP, 1995–2005 Präsident der Dritten Polnischen Republik. Mit seinem Parteiaustritt 1995 erhob er den Anspruch, parteiübergreifend alle Polen zu vertreten. Ab 2007 engagierte sich Kwaśniewski aktiv als Vorsitzender des neuen linken Parteienbündnisses LiD – Linke und Demokraten. (Seite 33)

Mindset: Mentalität, Denkweise, Lebenseinstellung. (Seite 20)

Pensionsautomatik: Koppelung des gesetzlichen Pensionsalters bzw. der Pensionshöhe an die (steigende) Lebenserwartung. (Seite 21)

Perzeption: sinnliche Wahrnehmung ohne bewusstes Erfassen als erste Stufe der Erkenntnis. (Seite 20)

Protektionismus: Schutz der heimischen Produktion vor ausländischer Konkurrenz durch politische Maßnahmen. (Seite 4)

Ständige Vertretung: Die Ständige Vertretung Österreichs bei der EU, sozusagen die „EU-Botschaft“ Österreichs, ist die größte diplomatische Mission Österreichs weltweit; Leitung: Ständiger Vertreter Österreichs bei der EU, Botschafter Nikolaus Marschik. Hier arbeiten EU-ExpertInnen aus allen Bundesministerien, der Verbindungsstelle der Bundesländer und VertreterInnen von Sozialpartnern, Industriellenvereinigungen, Nationalbank, Gemeindebund und Städtebund. Gesetzesvorschläge der EU-Kommission werden zuerst von den jeweils zuständigen ExpertInnen der 28 Ständigen Vertretungen („Ratsarbeitsgruppe“) und anschließend von den 28 EU-BotschafterInnen („Ausschuss der Ständigen Vertreter“) geprüft und diskutiert. Erst danach erfolgt die Entscheidung im zuständigen Rat (der EU-MinisterInnen). (Seite 16)

Strukturausgaben/-gelder: Die Strukturfonds sind Instrumente der europäischen Regionalpolitik mit dem Ziel, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt innerhalb der EU zu stärken, vor allem indem Strukturgefälle zwischen einzelnen Regionen verringert werden und eine ausgewogene räumliche Entwicklung gefördert wird. Für Österreich sind neben den Agrarfonds vor allem der Europäische Fonds für Regionalentwicklung (EFRE) und der Europäische Sozialfonds (ESF) von Bedeutung. (Seite 22)

Subsidiarität: gesellschaftspolitisches Prinzip, nach dem Eigenverantwortung und Selbstbestimmung betont werden; übergeordnete Einheiten, wie z. B. der Staat, sollen nur solche Aufgaben übernehmen, zu denen untergeordnete Einheiten nicht fähig sind. (Seite 13)

Transparenzregister: Auf Grundlage eines internen Abkommens zwischen Europäischem Parlament und Kommission wurde 2011 ein freiwilliges Transparenz-Register eingeführt. Dadurch sollten Lobbying-Aktivitäten erfasst, kontrolliert und für die Allgemeinheit transparent gemacht werden. Durch die Freiwilligkeit ist das Register allerdings lückenhaft und die Ahndung von Verstößen gegen den vereinbarten Verhaltenskodex zahnlos. Die EU-Kommission möchte daher ein verbindliches Transparenzregister für Parlament, Rat und Kommission. (Seite 27)

Verve: Begeisterung, Schwung. (Seite 21)

Visegrád-Gruppe: In der ungarischen Stadt Visegrád wurde 1991, nach dem Ende des Ostblocks, ein Freihandelsabkommen zwischen Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei (jetzt Tschechien und Slowakei) abgeschlossen. Die Visegrád-Gruppe besitzt keine formale oder institutionelle Struktur, bemüht sich aber um den Austausch von Informationen und um die Koordination politischer Positionen. (Seite 32)